

Gloye, Saskia Denise, IIB6

Von: Beate Blahy <beate.blahy@t-online.de> im Auftrag von beate.blahy@t-online.de
Gesendet: Dienstag, 14. Juni 2022 10:03
An: BUERO-IIB6; SWI2@bmi.bund.de
Cc: olaf.scholz@bundestag.de; christian.lindner@bundestag.de; friedrich.merz@bundestag.de; marco.buschmann@bundestag.de
Betreff: [Moegliche Massenmail] Energiewende aktuell - Bürgerbeteiligung Wind an Land
Anlagen: image001.jpg
Kennzeichnung: Zur Nachverfolgung
Kennzeichnungsstatus: Gekennzeichnet
Kategorien: Hanna

Sehr geehrte Adressaten,

ich kann mich nicht in das nur für Interessenvertreter der Verschwendung vorgehaltene Lobbyregister der Bundesregierung eintragen, und als eine Sachverwalterin der Sparsamkeit und des gesunden Menschenverstandes im Prozedere bin ich offenbar auch nicht vorgesehen.

Bitte entschuldigen Sie meine späte Rückmeldung auf die Veröffentlichung des Entwurfs des GEsetzestextes, drei Tage Frist sind ohnehin nicht ausreichend und zuwenig Zeit, als dass wirklich substantiell auf diesen Text eingegangen werden könnte. Ich hoffe aber im Sinne von „praktizierter Bürgernähe“, dass meine im Wortsinn wahrhaft alternativen Hinweise und Vorschläge Berücksichtigung im (Bundeskanzler-) Kabinett finden werden.

Ich habe den Referatenentwurf zum Wind-an-Land-Gesetz gelesen und fühle mich ohnmächtig diesem Text gegenüber, der derart brachial über alle bisherigen Einwendungen, Argumente und Bedenken einer großen Zahl von Bürgerinitiativen, Wissenschaftlern und ganzer Institutionen hinweggeht und völlig klarmacht, dass es ganz egal ist, was diejenigen sagen, die nicht damit einverstanden sind.

So wird es kommen und so wird es gemacht. Das hat die Wirtschaft diktiert und die Regierung setzt um. Es reicht ein Blick ins Weltgeschehen, um zu erkennen, auf was für einem Irrweg Deutschland damit wandelt. 600 Terawatt an Energiebedarf einfach zu prognostizieren, ja überhaupt grundsätzlich von steigendem Energiebedarf auszugehen ist ein grundsätzlich falscher Ansatz. Nicht noch mehr, sondern weniger Energie zu benötigen in zukünftigen Jahren, muss dass unbedingte Ziel sein.

Ziel muss es doch sein, die Wirtschaftskreisläufe zu regionalisieren, Güter, die gebraucht werden, selbst zu produzieren. Da entfielen schon ein bedeutender Anteil

an Transportenergie. Transport per Motor, egal ob Verbrenner oder Elektro, muss reduziert werden und nicht immer noch angeheizt werden, so wie es jetzt geschieht.

Sparsamkeitsprinzipien sind überall durchzusetzen, vorrangig und mit Beispielswirkung in öffentlichen Bereichen. (Schluss mit überheizten Büros und riesigen Glasfronten an Gebäuden.)

Sparpotenziale sind in öffentlichen Verwaltungen zuhauf zu finden, ich spare mir hier die Aufzählung, denn es wird ja doch nicht gemacht.

Überall steckt Energie drin, also muss auch überall Einsparpotenzial gesucht werden. Kryptowährungen, überflüssig wie ein Kropf und nur Profitinteressen einiger weniger bedienend, müssen verboten werden.

Großveranstaltungen mit immensem Energieeinsatz sind in ihrer Notwendigkeit zu hinterfragen. Motorsport in seiner perversesten Form der Formel 1 ist als höchst klimaschädlich zu untersagen.

Die Herstellung von elektrischen Geräten mit Obsoleszenz-Elementen (immer bestritten, aber leicht nachzuweisen) ist sofort einzustellen. Geräte wie Laubsauger oder -puster dürfen nicht mehr produziert werden, denn sie kosten wertvolle Ressourcen, verbrauchen Strom und sind sehr einfach zu ersetzen durch menschliche Arbeitskraft. Das ging früher auch.

Der Blick in die Welt zeigt, dass Menschen auch mit viel weniger Luxus als dem, den wir für unentbehrlich zu halten gelehrt werden, gut und zufrieden leben können. Damit das klappt, setzt es jedoch einen gesellschaftlichen Wertewandel voraus, neue Generationen müssen ein anderes Bild von gutem Leben vermittelt bekommen.

Verschwendung von Lebensmitteln, in denen ja auch große Energiemengen stecken, angefangen vom dieselgetriebenen Traktor über die energieintensiv produzierten Dünger und Pestizide bis zum unsinnigen Transport von Halbprodukten durch mehrere Länder, ehe ein Lebensmittel fertig im Laden liegt, muss unterbunden werden. Hier ist der Prozess neu zu denken und zu schrumpfen auf ein vernünftiges Maß. Ökolandbau ist ohne Wenn und Aber zu fördern, die sogenannte konventionelle Landwirtschaft zurückzudrängen. Die tonnenweise Lebensmittelverschwendung ist Energieverschwendung und ist zu stoppen.

Ich kenne das immer wiederholte Argument von der Marktwirtschaft, und von der Freiheit der Unternehmer. Damit wird alles gerechtfertigt, egal wie klimaschädlich es ist. Aber ich kenne auch das Grundgesetz, da finden sich genügend Argumente, die gegen klimaschädliche Aktivitäten von Unternehmern in Ansatz gebracht werden können, wenn es politisch gewollt wäre. Die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern an der eigenen Unversehrtheit und ihrem Schutz von Gesundheit werden mit Leichtigkeit und Federstrich entkräftet, wenn es der Klimaschutzpolitik dient - Windkraft an Land, möglichst schon im Vorgarten der Menschen, um Fläche zu gewinnen, ist plötzlich eine nationale Aufgabe. Naturschutz muss da genauso zurücktreten wie Gefühle von Menschen, die sich ihrer Heimat beraubt sehen.

Das sind nur ganz wenige Ansatzpunkte im groben Aufriss, bestimmt schon von vielen andern klugen Leuten längst vorgetragen und erwartungsgemäß ignoriert. Was soll man da noch sagen?

Im gesamten Prozess der jetzigen Gesetzgebung fühle ich mich als Bürgerin nur formal beteiligt, meine Beiträge werden regelmäßig ignoriert. Eine wirkliche Teilnahme an gesellschaftlich bedeutsamen Entscheidungsfindungen sehe ich nicht. Im Ergebnis bin ich von der Demokratie (der Volksherrschaft) enttäuscht und ernüchtert. Entweder wird sie nicht wirklich praktiziert oder aber es ist doch das falsche Instrument.

Mit freundlichem Gruß, Beate Blahy

Beate Blahy

mobil: 0151/125 130 34

Mail: beate.blahy@t-online.de

oder: beate.blahy@web.de



-----Original-Nachricht-----

Betreff: WG: VI Juni 2022 / Wind_an_Land_Gesetz / Rundbrief "Energiewende aktuell"

Datum: 2022-06-11T16:09:32+0200

Von: "newsletter@pro-liepnitzwald.de" <newsletter@pro-liepnitzwald.de>

An: "info@pro-liepnitzwald.de" <info@pro-liepnitzwald.de>

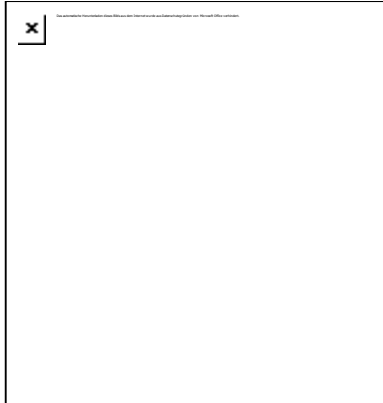
**EILT – Wichtig – Nehmt Stellung und schreibt
sofort mit Eurer Expertise und die Region
bewegenden Beispielen !!!**

Von: VI "Rettet Brandenburg" [<mailto:info@volksbegehren-windkraft.de>]

Gesendet: Freitag, 10. Juni 2022 22:11

An: rainer.ebeling@crussow.de

Betreff: VI Juni 2022 / Wind_an_Land_Gesetz / Rundbrief "Energiewende aktuell"



**Landesverband der
Bundesinitiative**

[www.vi-rettet-
brandenburg.de](http://www.vi-rettet-brandenburg.de)



Brandenburg, Juni 2022

Alle Hürden für den Windkraftausbau sollen fallen

Der Gesetzentwurf des neuen Wind-an-Land Gesetz ist seit heute 10.06. auf den Seiten des BMWK abrufbar.

-> <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Service/Gesetzesvorhaben/entwurf-einer-formulierungshilfe-der-bundesregierung.html>

Hier besteht dringend Handlungsbedarf !!!

Stellungnahmen zu diesem Entwurf können bis Montag, den 13. Juni, 9.30 Uhr eingereicht werden und sind ausschließlich elektronisch an buero-iiib6@bmwk.bund.de sowie an SWI2@bmi.bund.de zu richten. Wir bitten jeden eine Stellungnahme zu schreiben, auch nach dem 13.06.

Diese Gesetzespaket darf keine Mehrheit finden!

Dieser Gesetzentwurf ist nur ein Teil und strebt einen Tiefpunkt in der Vereinbarkeit mit dem Natur-, Menschen- und Landschaftsschutz an und das BMWK überschreitet seine Kompetenzen.

Konkret sollen in ganz Deutschland 2% Windflächen für 250/300m hohe Windturbinen ausgewiesen werden. Dafür

dürfen dann keine Abstände zu Häusern definiert werden, die vom BMWK eh auf nur 1.000m festgelegt wurden. Welche Wirkung dieser Ausbau auf das Land hat kann man nur erahnen.

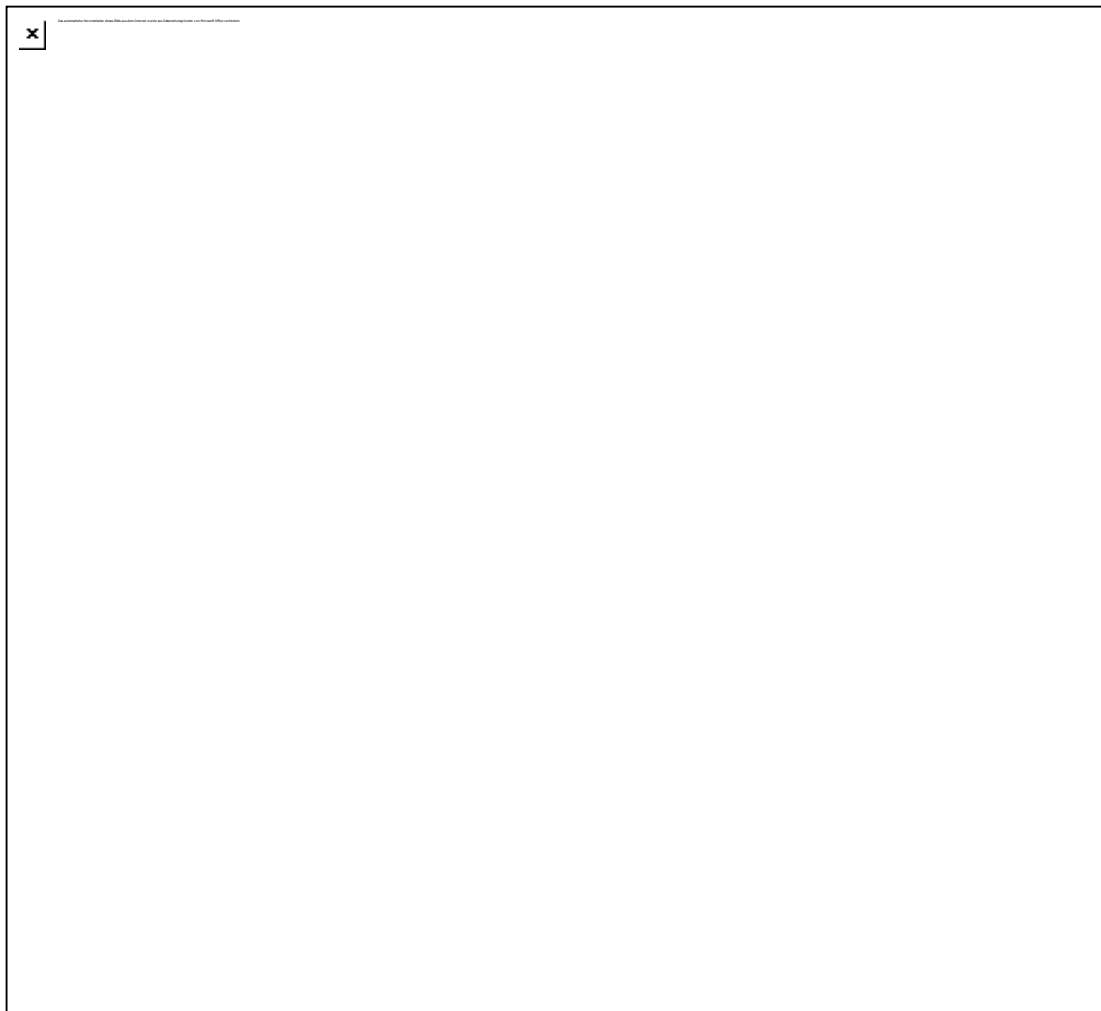
<http://www.volksbegehren-windkraft.de/end-of-landschaft/>

Durch harte Tabu-Kriterien wie Naturschutzgebiete, Nationalparke, Städte etc. werden viele Regionen mit mehr als 2% belastet. Auch der Bodensee wird von Planungen nicht mehr ausgeschlossen. ->Link

Die Medien berichten ->ntv ->ARD

Es sind weitere Gesetzesänderungen geplant, z.B. das Bundesnaturschutzgesetz in dem der Artenschutz fast aufgehoben wird und Landschaftsschutzgebiete für Windturbinen geöffnet werden sollen.

Protestieren Sie bei Ihren Bundestagsabgeordneten !



Erinnert sei auch an die Deklaration der Erneuerbaren zur öffentlichen Sicherheit und dem öffentlichen Interesse.

Mit dem Privileg "öffentliches Interesse" wäre jeder berechtigte Einwand gegen eine Windturbine chancenlos!

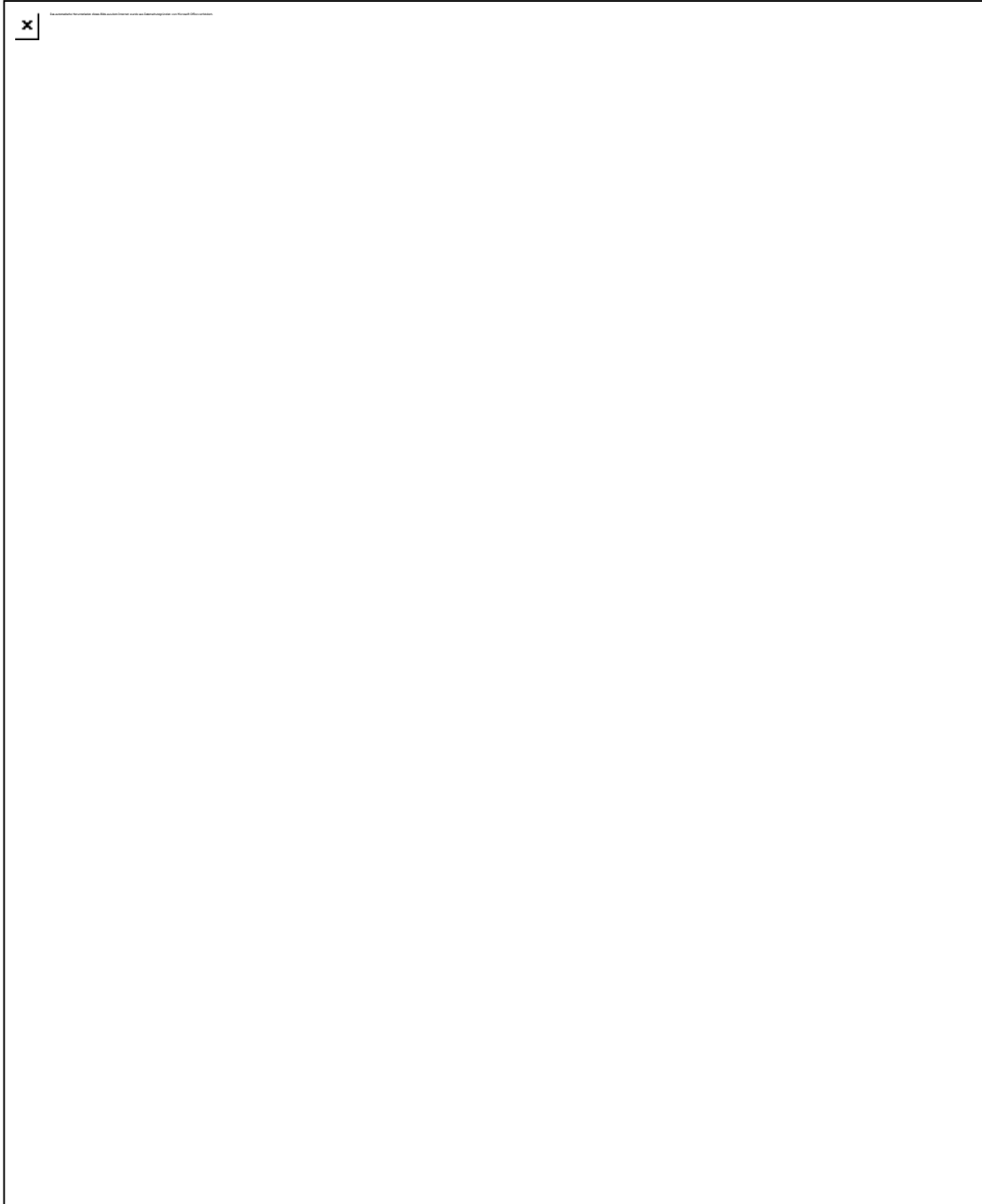
2. Vernunftkraft - Rundbrief - Energiewende aktuell

Teil1 - Energiewende mit mehr Windenergie und Photovoltaik – plausibel?

Hier finden Sie Informationen zur Energiewende, insbesondere werden Ihnen Zahlen und Zusammenhänge präsentiert.

->Link

x



Wenn Sie keine weiteren E-Mails erhalten möchten, senden Sie eine kurze Info an
info@vi-rettet-brandenburg.de

Für sonstige Fragen erreichen sie uns ebenfalls unter info@vi-rettet-brandenburg.de

Ihr Organisations-Team der Volksinitiative "Rettet Brandenburg"
Konto: Spreewaldbank e.G.

IBAN: DE 93 1809 2684 0002 0181 01 / BIC: GENODEF1LN1

www.vi-rettet-brandenburg.de

Mitglied der Bundesinitiative Vernunftkraft

www.vernunftkraft.de

DE

Diese E-Mail wurde an rainer.ebeling@crussow.de verschickt. Wenn Sie keine weiteren E-Mails erhalten möchten, [können Sie sich hier abmelden](#).

